

R u n d s c h r e i b e n 1954/2

Zum Bibliothekartag 1954 in Bremen.

Die "Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie", das Organ des VdB und des VdDB bringt in Heft 3 (Oktober) die Berichterstattung über den Tagungsverlauf und das Protokoll der Mitgliederversammlung in gekürzter Form, soweit es für die Allgemeinheit Interesse hat. - Auch die auf der Tagung gehaltenen Vorträge, u.a. die für uns von besonderem Interesse zum Thema "Preußische Instruktion", werden in Heft 3 und 4 z.T. zum Abdruck kommen.

125 Mitglieder nahmen an der Tagung teil - eine in Anbetracht des sehr nördlich gelegenen Tagungsortes erfreulich hohe Besucherzahl. Mit ganz wenigen Ausnahmen war jede größere Bibliothek des Bundesgebietes und West-Berlin vertreten. Auch Kollegen aus der Ostzone waren als Gäste anwesend.

Wenn auch anzunehmen ist, daß die Mehrzahl der Mitglieder bereits durch mündlichen Bericht über den Verlauf und die Beschlüsse der M i t g l i e d e r v e r s a m m l u n g orientiert ist, erscheint es doch notwendig, das Protokoll jedem einzelnen zur Kenntnis zu geben:

Zu 1. Jahresbericht

Die Vorsitzende A. Reinhardt begrüßte die Anwesenden und gab mit Rücksicht auf die erstmalig an der Versammlung teilnehmenden Mitglieder einen Rückblick auf das Erreichte.

"...Das Wichtigste ist der geschaffene Kontakt mit den Kollegen des ganzen Bundesgebietes in einer Form, wie er vorher nie bestanden hat. Seit dem Münsteraner Kongress sind wir als Berufsstand in das Bewußtsein nicht nur unserer wissenschaftlichen und volksbibliothekarischen Kollegen, sondern vor allem auch in das Bewußtsein der Öffentlichkeit getreten. Seitdem ist unsere Teilnahme am Bibliothekartag zur Selbstverständlichkeit geworden. Unsere Mitglieder sitzen in den Kommissionen für Ausbildung und Bucheinband, im Kathalogausschuß, gehören dem Lehrkörper und Beirat der Bibliotheksschulen an und sind in den Prüfungsausschüssen vertreten. Allerdings ohne die Förderung durch den Vorstand des VdB und seiner Mitglieder, die unsere Arbeit weitgehend unterstützt haben, wäre das Erreichte in der kurzen Spanne von fünf Jahren nicht möglich gewesen..."

Weiter berichtete Frau Reinhardt über die Arbeit des Jahres, die sich nicht messen und mit Zahlen belegen lasse:

"...Auf dem Sektor "Besserung der sozialen Lage" zeichnen sich die Hauptmängel in der Beamten- und Angestellten-Besoldung der einzelnen Länder ab. Dank der von H. G a b e l m a n n durchgeführten Fragebogenaktion (s.w.u.) liegen jetzt authentische Zahlen vor, die ohne Bedenken als Vergleichsmaterial für alle zur Debatte stehenden Unzulänglichkeiten der Einstufung u.a. herangezogen werden können.

Der Mitarbeit des 2. Vorsitzenden H o e p f n e r ist es zu verdanken, daß in das neue Besoldungsgesetz von Nordrhein-Westfalen erstmalig der "Bibliotheksamtmann" eingesetzt ist.

Die Bemühungen zur Beseitigung untertariflicher Bezahlung wurden durch Anträge und Gutachten des Vorstandes unterstützt. - Ob es möglich sein wird, durch Eingaben des Vorstandes an die zuständigen Finanzministerien überal-
terten Angestellten zu helfen, wird z.Zt. noch untersucht.

Die neue "Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie" ist erschienen. Da wir Diplom-Bibliothekare nur durch Leistung als Berufsstand an Ansehen gewinnen können, sehe ich hier eine Möglichkeit zu wissenschaftlicher Betätigung, sei es durch ein wiss. Referat, durch Mitarbeit an der Bibliographie oder durch kurze Einsendungen für die "Mitteilungen".

Es sollte noch mehr als bisher von der Möglichkeit des Vorzugsabonnements über den Verein Gebrauch gemacht werden, denn auch schon darin zeigt sich die Verbundenheit über die tägliche Arbeit hinaus mit dem Beruf schlechthin..."

Anschließend an den Jahresbericht sprach T. Eberhardt:

"... Die Berichterstattung im Ressort "Fürsorge für stellungslose Kollegen" erscheint mir im Hinblick auf eine kürzlich eingegangene Kritik notwendig. Ich sage "Fürsorge für stellungslose Kollegen" mit Bedacht nicht "Stellenvermittlung", um mit dem Gesetz für Arbeitsvermittlung nicht in Konflikt zu geraten. Aus demselben Grunde beschränken wir uns darauf, bei Anfragen von Bibliotheksdirektoren, Institutsleitern u.a. die Anschriften von stellungslosen Kollegen auf Grund der Mitgliederkartei namhaft zu machen, und müssen es den Bibliotheksleitungen überlassen, ihnen geeignet erscheinende Kollegen zur Bewerbung aufzufordern. Es ist erfreulich, festzustellen, daß es allmählich für alle, die Bedarf an Diplom-Bibliothekaren haben, zur Selbstverständlichkeit wurde, die Kartei des Vereins zu befragen. Trotz der Beschränkungen, die uns auferlegt sind, waren wir im Berichtsjahr in 16 Fällen maßgebend an der Besetzung z.T. recht guter und sicherer Stellen beteiligt; trotzdem sind uns noch 35 (davon 22 weibl.) Stellungsuchende bekannt. Diese Fürsorge kostet dem Verein viel Zeit und Geld, aber gerade diese Hilfestellung an all denen, die unter uns noch ohne Arbeitsfeld sind war von Anfang an eines unserer größten Anliegen. Nur liegt die Hauptarbeit im Verborgenen..."

Zu 2. Kassenbericht, Haushaltsvoranschlag, Neufestsetzung des Mitgliedsbeitrags.

Der Kassenbericht und Haushaltsvoranschlag wurde verlesen und erläutert. Die Ein- und Ausgaben deckten sich im wesentlichen mit dem auf der vierten Mitgliederversammlung aufgestellten Voranschlag. (Einn. DM 4750.-, Ausg. DM 4470.-) Auf Grund der durch die Kassenprüfer M. H u d o f f s k y und R. K r e i t s c h m a n n vorgenommenen Kassenprüfung wurde dem Vorstand einstimmig E n t l a s t u n g erteilt. - Der Mitgliedsbeitrag wurde in der bisherigen Höhe mit DM 12.- festgesetzt. - Auf Antrag der Gruppe Frankfurt wurde die Grenze zur Zahlung des h a l b e n B e i t r a g s auf DM 300.- (bisher DM 250.-) erhöht. - Die Mitgliederversammlung ermächtigte den Vorstand, bis zu 5 % der Einnahmen nach seinem Ermessen für ostzonale und stellungslose Kollegen zu verwenden.

Zu 3. Erfassung des Berufsstandes. Herr Gabelmann berichtet:

"... Ich darf zu Beginn noch einmal kurz auf den Zweck der Umfrage zurückkommen. Es war beabsichtigt, für die Vereinsarbeit zuverlässige Unterlagen über die gesamte Berufsgruppe der Diplom-Bibliothekare zu beschaffen, insbesondere Unterlagen für die Bemühungen des Vereins zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse... Es war notwendig, das Material zusammenzutragen, das bisher in keiner Statistik oder Veröffentlichung erschöpfend aufzufinden war. Dieser Zweck der Umfrage ist erreicht. - Nun zum eigentlichen:

Es wurden 520 Bibliotheken, Institute, Behörden, Körperschaften des öffentlichen Rechts, der Wirtschaft, Vereine u.a. der Bundesrepublik angeschrieben. (Die Ostzone in die Umfrage mit einzubeziehen, war trotz guten Willens auf beiden Seiten nicht durchführbar). - Von den 520 Fragebogen kamen 443 zurück (119 Fehlmeldungen), sodaß z.Zt. genaue Ergebnisse von 324 Bibliotheken, Instituten u.a. mit insgesamt 809 Diplom-Bibliothekaren der Jgg 1889-1933 vorliegen. Bei den noch ausstehenden Fragebogen handelt es sich vorwiegend um kleinste Institute, von denen Fehlanzeige zu erwarten ist. Grundlagen für die Versendung der Fragebogen waren das VdB-Jahrbuch 1952 und das Adressenverzeichnis der Bibliotheken 1950; eine wesentliche Hilfe war neben der Vereins-Mitgliederliste die Hilfe von Kollegen, die mir aus der Kenntnis ihres Bereiches die Anschriften sonst nirgends auffindbarer Dienststellen mitteilten. Für diese Hilfe möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken.

Von den genannten 889 Diplom-Bibliothekaren sind 713 Frauen und 175 Männer = 80,3 % : 19,7 %. Wesentlich erscheint mir eine zahlenmäßige Aufgliederung hinsichtlich der gehaltlichen Eingruppierung. Ich beschränke mich da auf den "Öffentlichen Dienst", also an Bibliotheken staatlicher und kommunaler Unterhaltsträger, Körperschaften öffentlichen Rechts und von halbstaatlichen Organen, wozu ich z.B. die Kirchen und Rundfunkgesellschaften rechne. Im öffentlichen Dienst sind bis heute festgestellt 849 Diplom-Bibliothekare; 274 sind im Beamten- und 575 im Angestellten-Verhältnis = 32,87 % zu 67,13 %.

Unter den 274 Beamten gibt es 4 Amtmänner, 33 Oberinsp. und 236 Inspektoren. Auf einen Oberinsp. treffen im Bibliotheksdienst also 7,5 Inspektoren; auf einen Amtmann 54,2 Oberinsp. und Insp. Hier zeigt sich schon einer der Punkte, an denen der Hebel für eine vernünftige Angleichung an die Gegebenheiten der übrigen Verwaltungsbehörden angesetzt werden kann.

Die 575 Angestellten sind folgendermaßen eingestuft: 5 = T.O.A. IV - 49 = T.O.A. Vb - 538 = T.O.A. VIb - 46 = TOA VII - 7 = TOA VIII. - Vergleicht man nun die Gesamtzahl der nach TOA VI bis VIII Bezahlten, so fällt auf 9,4 Stellen der genannten Gruppen 1 Vb-Stelle. Bedenkt man hoch, daß ein großer Teil der Vb-Stellen auf besondere Dienststellen und Institute des Bundes und der Länder entfällt, so ist ohne weiteres ersichtlich, daß für die in den großen Bibliotheken tätigen Kollegen eine Chance zur Aufrückung in eine Vb-Stellung nicht besteht. Für den Verein ergibt sich die zwingende Verpflichtung, sich mit aller Energie für eine Reform einzusetzen, insbesondere im Hinblick auf unsere älteren Kollegen, die bei freiwerdenden Beamtenstellen auf Grund ihres Alters kaum Berücksichtigung finden.

Interessant sind auch die in den nächsten 10 Jahren frei werdenden Beamtenstellen: normalerweise sind es 37 Stellen, - wahrlich keine glänzende Prognose für 575 wartende Angestellte.

Streifen möchte ich die Untersuchung und Aufgliederung der Ergebnisse im Hinblick auf die große Unterschiedlichkeit, mit der die Dinge beim Bund, bei den einzelnen Ländern und bei den Kommunen gehandhabt werden.

Das fortschrittlichste Land ist Bayern mit 71 % Beamten. Will man Berlin als Sonderfall werten, so ist das ungünstigste Land Niedersachsen, wo die Beamten nur 19 % der Gesamtzahl ausmachen. Grotesk ist die Situation in Württemberg-Baden: In den ehemals badischen Landesteilen gibt es fast nur Beamte; die Dipl.-Bibl. werden nach dem Examen sofort als ap-Inspektoren eingestellt und dann in der in der Verwaltung üblichen Weise zu Beamten auf Lebenszeit ernannt. In den ehemals württembergischen Gebieten dagegen findet sich die höchste Zahl an TOA VII-Stellen in der Bundesrepublik.

Nun die Ziffern der Kommunalbediensteten: 21 % Beamte zu 79 % Angestellten; beim Bund 26 % Beamte zu 74 % Angestellten.

Ich möchte keine weiteren Zahlen mehr vorsetzen, obwohl das eingegangene Material je nach welchen Gesichtspunkten man es untersucht, noch eine Fülle wesentlicher Tatsachen, - auch rein soziologisch gesehen - interessante Momente birgt. Die Verwertung des vorliegenden Materials ist so eindrucksvoll, daß die Stellen, die sich damit zu befassen haben, sich bei nicht ausgesprochen schlechtem Willen seiner Beweiskraft im Vergleich mit der übrigen Verwaltung nicht entziehen können. (Doch noch eine Zahl: 75,1 % aller Dipl.-Bibl. sind Abiturienten, bei den Jggen 1920/33, sogar 93,2 %).

Zur Verwertung des gewonnenen Materials schlage ich vor, die endgültigen Ergebnisse in tabularischer Form in der Zeitschrift zu veröffentlichen (s. ZfBB 1954, H. 3). Zum anderen erscheint es mir notwendig, die Ergebnisse mit einer eingehenden Kommentierung zu einer Denkschrift zu verarbeiten, die allen in Frage kommenden Stellen zuzuleiten wäre. ..."

Nach lebhafter Debatte wurde der Vorschlag Gabelmanns für eine Denkschrift angenommen und derselbe mit der Ausarbeitung beauftragt.

Zu 4. s. am Schluß. Besoldungsfragen.

Zu 5. Sonstige Anträge.

Der Antrag, den an wiss.Bibliotheken zu Gruppen zusammengeschlossenen Mitgliedern den größeren Anteil ihrer Mitgliedsbeiträge zur Finanzierung der Teilnahme an Bibliothekartagen zur Verfügung zu stellen, wurde gegen 4 Stimmen (Göttingen) abgelehnt. Es wurde weiterhin dem Vorstand überlassen, je nach Kassenlage und Notwendigkeit Zuschüsse zur Teilnahme an den Bibliothekartagen zu geben, wobei der Vorstand erwartet, daß die von den Unterhaltsträgern den Bibliotheken bewilligten Dienstreisen zur Tagung für den gehobenen Dienst, soweit es dienstlich vertretbar ist, Mitgliedern des Vereins gegeben werden. Zum Antrag Lüders, Kiel auf Weglassung der Verlesung des Jahres- und Kassenberichtes in der Mitgliederversammlung, um gleich zur Diskussion zu schreiten stellte die Vorsitzende fest, daß "zu den Aufgaben der Mitgliederversammlung lt Satzung § 11 die Abnahme der Jahresrechnung, Festsetzung des Haushaltsvoranschlages gehöre und daher nicht wegfallen könne".

Zu 6. Neuwahlen.

Da die Amtszeit des Vorstandes und Beirates mit der Entlastung satzungsgemäß abgelaufen war, gab A.Reinhardt die Vorschläge, die auf Wiederwahl lauteten, bekannt. Sie verlas dazu den Wunsch des 2.Vorsitzenden W.Hoepfner, von seiner Wiederwahl aus Gesundheitsrücksichten abzusehen. Gewählt wurden:

- | | |
|-----------------|----------------------|
| 1.Vorsitzende | A.Reinhardt, Hamburg |
| Schriftführerin | T.Eberhardt, Hamburg |
| Kassenwart | S.Scheer, Hamburg |
| 2.Vorsitzender | H.Gabelmann, Mainz |

Von den Beiräten wieder gewählt wurden:
v.Egidy, München
W.Schindler, Göttingen
E. H eyer, Münster

Neu gewählt wurden: A.Lueder, Hannover
W.Kayser, Hamburg
H.Friesenhahn, Frankfurt.

A.Reinhardt dankte der Versammlung für das durch die Wiederwahl dem Vorstand ausgesprochene Vertrauen und versicherte, daß der Vorstand weiterhin bemüht sein werde, die Belange des Vereins nach außen und jedem Mitglied gegenüber wirksam zu vertreten. Sie dankte vor allem dem aus dem Vorstand ausscheidenden Kollegen Hoepfner und den Beiratsmitgliedern E.Bugge, Hamburg und I.Colsborn, Hannover, die den Vorstand in den Jahren des Aufbaus wirksam unterstützten.



Da durch ein bedauerliches Mißverständnis der Bericht über die 1.Sitzung der Kommission für Besoldungsfragen nicht bei den Kommissionsberichten erfolgte, gebe ich eine kurze Darstellung:

Vor Beginn des Bibliothekartages trat die Besoldungskommission unter Vorsitz von Herrn Dr.Krieg (StuUB Köln) erstmalig zusammen. Die erste Aussprache ergab die Notwendigkeit, die Kommission umzubauen. Zur Überwachung der zu erwartenden neuen Besoldungsgesetze in den einzelnen Ländern erschien es notwendig, für jedes Land je ein Mitglied beider Verbände zu ernennen und, auf Vorschlag von dem 1.Vors. des VdB, Herrn Dr.Hofmann, die Kommission aus diesem Gremium zusammenzusetzen. Auf der Mitgliederversammlung des VdB übernahm Herr Dr.Fuchs Mainz den Vorsitz der Kommission. Vom VdDB haben ihre Mitarbeit zugesagt:
Für Bayern: E.Lierhammer(München) Württemberg/Baden: L.Eckstein(Tübingen)
Rheinl./Pf.:H.Gabelmann (Mainz) Niedersachsen: Hans Schmidt(Hannover)
Hamburg: A.Reinhardt (Hamburg) Schleswig/Holstein:O.F.Wiegand (Kiel)
Berlin: G.Bahrt (BTH)

Die Mitarbeiter für Hessen, Bremen und Nordrhein-Westfalen sind noch nicht ernannt.

Mit kollegialem
i.E.gez.A.Reinhardt